



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

PRESSESPIEGEL

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Bilanz

Hauptaussagen einer österreichweiten Umfrage
(Tel SWS 189, März 2010, N=752)

Mittwoch, 31. März 2010
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

EU-Umfrage Nur Kroaten sind noch willkommen

Seit 15 Jahren ist Österreich EU-Mitglied – eine Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik zu diesem Anlass zeigt, dass 73 Prozent in der EU bleiben und nur 21 Prozent austreten wollen. Skeptisch ist die Mehrheit gegenüber der Aufnahme der Balkanländer, nur Kroatiens Beitritt wird begrüßt. Angst haben Österreicher vor der Grenzöffnung für Arbeitnehmer aus Osteuropa.

SEITE 4

Flucht abgesagt

Auf manchen Leserbriefseiten wird täglich der Eindruck herbeifenszeniert, die Mehrheit der Österreicher fühle sich von der EU inhaftiert und würde lieber heute als morgen durch Austritt fliehen.

Die Realität sieht anders aus. Wie eine Umfrage ergab, befürworten 73 Prozent der Österreicher die Mitgliedschaft in der EU, nur 21 Prozent fordern den Austritt. Die Umfrage bildet aber auch die Sorgen ab: Kriminaltourismus, Transitverkehr, Arbeitsmarkt. Und 91 Prozent fordern eine fixe EU-Sendung im ORF.

Insgesamt ergibt das ein klares Bild: Gerade in Krisenzeiten wissen die meisten, dass es zur EU keine sinnvolle Alternative gibt. Sie wollen seriöse, regelmäßige Informationen (wie sie der KURIER täglich bietet) statt Panikmache oder Problembehübschung. Irgendwann wird sich auch in der Politik die Erkenntnis durchsetzen, dass die EU viel mehr ist als ein praktischer Allzweck-Sündenbock für eigenes Versagen.

- GUITAR

guido.tartarotti@kurier.at

Umfrage

73 Prozent wollen in der EU bleiben

Die große Mehrheit der Österreicher sieht gerade in der Wirtschaftskrise die Zugehörigkeit zur EU positiv.

VON MARGARETHA KOPEINIG

Für die große Mehrheit der befragten Österreicher (73 %) ist die Zugehörigkeit zur EU nach 15 Jahren selbstverständlich. „Durch die Wirtschaftskrise ist der Wunsch, in der EU zu bleiben, noch gestiegen“, sagt Paul Schmidt, Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

48 % geben an, dass die „österreichische Identität“ durch den Beitritt nicht verloren gegangen ist, 2005 waren es nur 32 %. Ambivalent ist die Einstellung gegenüber Schengen: 83 % empfinden den Wegfall der Wartezeiten an den Grenzen „sehr positiv“, 75 % fürchten aber, dass die Kriminalität und die Verkehrsbelastung (67 %) durch offene Grenzen zunehmen. Ablehnend betrachten die Österreicher neue EU-Beitritte – mit einer Ausnahme: 52 % begrüßen Kroatien als Mitglied. Die Aufnahme von Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Kosovo und Albanien wird mehrheitlich abgelehnt. „Die Österreicher wollen die bisherigen Integrationschritte konsolidieren bevor neue Mitglieder auf-

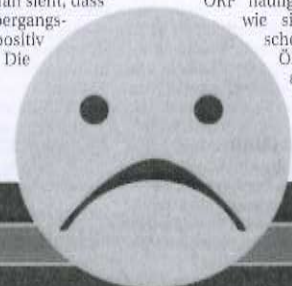
genommen werden“, erklärt Schmidt. Angst und Skepsis überwiegen bei den Befragten was das Ende der Übergangsfristen für den freien Personenverkehr 2011 angeht. Für Arbeitskräfte aus zehn neuen Mitgliedsländern, die im Mai 2004 der EU beitraten, darunter Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien, gehen ab diesem Zeitpunkt die Grenzbalken für immer auf. Insgesamt erwarten 76 % negative Auswirkungen. 67 Prozent gehen davon aus, dass dadurch das Problem der „illegalen Beschäftigung“ nicht gelöst wird. „Man sieht, dass die Übergangsfristen positiv waren. Die neuen Mitglieder konnten wirt-



Schmidt leitet die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

schäftlich aufholen, Österreich hatte Zeit für eine Qualitätsoffensive“, analysiert Paul Schmidt. „Das Thema freier Personenverkehr muss aber von den Politikern und den Interessensvertretungen besser kommuniziert werden.“

In der Umfrage wünschen 91 % der Befragten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken; 70 % wollen ein regelmäßiges EU-Journal.



Bilanz 15 Jahre EU-Mitgliedschaft

	Fördert die EU das Wirtschaftswachstum?	
Ja	71 %	
Nein	21 %	
	Wie sehen Sie die EU-Mitgliedschaft?	
wollen in der EU bleiben	73 %	
wollen austreten	21 %	
	Stärkt die EU den Frieden?	
Friedenssicherung ist sehr wichtig	66 %	
ist weniger wichtig	27 %	
	Hat die EU-Mitgliedschaft Vorteile für Österreich?	
Ja	58 %	
Nein	24 %	



	Hat die EU den Transitverkehr reduziert?	
Nein	80 %	
Ja	12 %	
	Bekämpft die EU die Kriminalität?	
Ja	45 %	
Nein	21 %	
	Wie sehen die Österreicher die Öffnung des Arbeitsmarktes ab Mai 2011?	
erwarten verstärkten Zuzug von Arbeitnehmern	62 %	
erwarten keinen verstärkten Zuzug	31 %	
	fürchten, dass einzelne Branchen durch Zuzug gefährdet sein könnten	64 %
sehen das nicht	28 %	

KURIER
Grafik: Tichy / Corbis; Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Umfrage März 2010, 752 Befragte
*Rest auf 100% keine Antwort

Trotz der Krise in Griechenland und den Schwankungen, die der Euro in den vergangenen Jahren oft ausgesetzt war, haben die Österreicher immer mehr Ver-

Österreicher vertrauen der EU-Währung

trauen in die gemeinsame EU-Währung: Glaubten im Jänner 2004 nur 38 Prozent aller Österreicher an den Euro, so waren es im März 2010 bereits mehr als 50 Prozent, wie die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik veröffentlichte. Ein Grund für den plötzlichen Vertrauensbeweis könnte auch die Wirtschaftskrise sein: Länder, die keinen Euro eingeführt haben, hatten massive Schwierigkeiten.



UMFRAGE

Ein Fünftel der Österreicher für EU-Austritt

*Bilanz nach 15 Jahren
überwiegend positiv.*

WIEN (red.). 21 Prozent der Österreicher sind für einen Austritt aus der Europäischen Union. Dies ergab eine aktuelle Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft. 73 Prozent äußerten hingegen, Österreich solle EU-Mitglied bleiben.

Mit der Zeit scheinen die Österreicher ihren Frieden mit der Osterweiterung der Jahre 2004 und 2007 zu machen: 56 Prozent empfinden die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zyperns und Malτας als „gute Entscheidung“, nur 19 Prozent sagen das Gegenteil. 2003 waren noch satte 40 Prozent gegen einen Beitritt Tschechiens und immerhin 21 Prozent gegen einen Beitritt Ungarns.

Nun soll aber nach dem Willen der Österreicher Schluss sein: Lediglich Kroatien ist als Neumitglied noch willkommen (52 Prozent Zustimmung), Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien, der Kosovo und Albanien (gereiht nach dem ansteigenden Ausmaß der Ablehnung) sind es nicht.

WIENER ZEITUNG

ÖSTERREICHISCHE TAGESZEITUNG SEIT 1703

03.04.2010

Christian Ortner
am Samstag

Seite 3

Lästig, impotent, aber ganz sympathisch

15 Jahre nach dem österreichischen EU-Beitritt ist die diesbezügliche Stimmung im Land eigentlich gar nicht so schlecht: 65 Prozent halten die damalige Entscheidung pro EU für richtig, nur 30 Prozent für falsch; 73 Prozent sind dafür, Mitglied zu bleiben, 21 Prozent dagegen; 58 Prozent meinen, dass die Vorteile der EU für Österreich die Nachteile überwiegen, so das Ergebnis einer Umfrage der "Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft" im März 2010.

Das ist zwar kein wirklich euphorischer Befund – aber gemessen daran, dass etwa die größte und einflussreichste Zeitung des Landes seit Jahren eine mehr als nur kritische Haltung gegenüber der EU einnimmt, sind das eigentlich überraschend günstige Werte. SPÖ, ÖVP, ORF und Kirche haben seit 1995 deutlich mehr an Zustimmung eingebüßt.

Leider muss man hinzufügen: Auch gemessen daran, wie die EU und ihre Institutionen den Bürgern manchmal entgegengetreten, sind diese Werte erstaunlich freundlich.

Denn auch aus durchaus wohlwollender Perspektive wird in den vergangenen Jahren ein grundlegender Konstruktionsfehler der EU immer besser sichtbar und spürbar. Einerseits hat sie viel zu viele Kompetenzen, die besser bei den Nationalstaaten geblieben wären – andererseits bräuchte sie dringend eine Reihe jener Kompetenzen, die nach wie vor bei den Nationalstaaten liegen und von diesen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Gründete man die EU heute neu auf der grünen Wiese, wäre Brüssel vernünftigerweise primär für Außen- und Verteidigungspolitik zuständig, für die großen Linien der Währungs- und Wirtschaftspolitik oder etwa für die Energiepolitik gegenüber den Nachbarländern. Eher nicht wäre die EU dagegen für die meisten jener Regulierungen im Alltagsleben zuständig, die viele mit Recht als Ärgernis empfinden. Mit einem Wort: Sie wäre in vieler Hinsicht das genaue Gegenteil der real existierenden EU, gleichzeitig stärker und schlanker; sie hätte weniger, aber dafür vitalere Kompetenzen als jetzt.

Dass die europäischen Institutionen aus historischen Gründen eben so gewachsen sind, wie sie sind, ändert am grundsätzlichen Konstruktionsfehler nichts. Der bewirkt, dass die EU den Bürgern gerade in Krisenzeiten als lästig und impotent erscheint, weil sie allzu oft ohne erkennbaren Regulierungsbedarf reguliert und angesichts echter Bedrohungen wie der Weltwirtschaftskrise meist eher ratlos in der Gegend herumsteht, ohne dem Einzelnen irgendeinen Nutzen zu vermitteln. Im Krisenfall wird Brüssel meist als irrelevant empfunden (dass dies von den Mitgliedstaaten natürlich genau so gewollt ist, dürfte dem durchschnittlichen Politik-Adressaten erstens nicht geläufig und zweitens eher egal sein).

Würde Europa heute von Staatsmännern gelenkt und nicht bloß von umfragegetriebenen Populisten aller Couleurs verwaltet, hätte der längst notwendige Totalumbau der EU zumindest eine gewisse Chance auf Verwirklichung. Vom real existierenden politischen Personal freilich ist dergleichen nicht einmal ansatzweise zu erwarten.

Salzburger Nachrichten

06.04.2010

Innenpolitik

Seite 2

Jeder Fünfte will EU-Austritt

15 Jahre nach dem EU-Beitritt halten zwei Drittel der Österreicher diesen Schritt für richtig. Die Krise lässt die Zustimmung wieder steigen.

In der Wirtschaftskrise steigt die Zustimmung zur EU, zum Euro und zur wirtschaftlichen Lösungskompetenz Europas. Dieser Trend bestätigte sich auch in der jüngsten Umfrage im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, die Bilanz über 15 Jahre Mitgliedschaft unseres Landes zur Europäischen Union zieht. Dafür befragte die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft im März 752 Bürger.

Generell halten zwei von drei Österreichern (65 Prozent) den Beitritt aus heutiger Sicht für richtig, etwa drei von vier (73 Prozent) finden, das Land solle in der EU bleiben. Je höher die Schulbildung, desto stärker (bis zu 90 Prozent bei Hochschulabsolventen) ist die Zustimmung.

Seit einiger Zeit steigt die Zustimmung der Landsleute bei den regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen im Auftrag der EU-Kommission leicht an. Zuletzt erklärten im Herbst 2009 42 Prozent, die EU-Mitgliedschaft sei eine gute Sache. Da für das Eurobarometer Menschen ab 15 Jahren befragt werden, sind dabei inzwischen immer mehr Jugendliche erfasst, die sich an die Zeit vor dem EU-Beitritt gar nicht erinnern können. Die EU-Zustimmung liegt aber noch deutlich unter dem EU-Schnitt von 53 Prozent. Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn hat sich vorgenommen, diesen Wert auf mehr als 50 Prozent zu steigern.

Knapp ein Drittel (30 Prozent) beurteilt den EU-Beitritt im Nachhinein als falsch. Vor allem über 66-Jährige, Menschen mit niedrigerer Bildung und sozial Schwache sehen die Mitgliedschaft kritisch. Einen Austritt befürwortet insgesamt immerhin jeder Fünfte (21 Prozent), in manchen Gruppen aber bis zu einem Drittel. Die Möglichkeit zum Austritt wurde durch den Vertrag von Lissabon erstmals geschaffen.

Für 58 Prozent der Österreicher hat die EU-Mitgliedschaft dem Land Vorteile gebracht, ein Viertel sieht Nachteile. Aus persönlicher Sicht fällt das Urteil negativer aus. Nur 47 Prozent haben hier Vorteile erfahren, aber 21 Prozent Nachteile.

Bei zwei Parametern ergaben sich auffällige Verbesserungen gegenüber früheren Umfragen: Heute ist jeder Zweite (48 Prozent) der Ansicht, dass die österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft nicht verloren gegangen sei. „Das sind 16 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2005“, erklärt Paul Schmidt, Geschäftsführer der Gesellschaft für Europapolitik. Auch das Vertrauen in den Euro stieg signifikant. Jetzt setzen 70 Prozent „großes Vertrauen“ in die Gemeinschaftswährung, vor fünf Jahren waren es nur 50 Prozent. Entsprechend sank der Anteil der Zweifler („geringes Vertrauen“) von 48 auf 29 Prozent. Dem Euro stehen die Österreicher übrigens generell positiver gegenüber als der EU-Schnitt (60 Prozent).

Salzburger Nachrichten

06.04.2010

Innenpolitik

Seite 2

Insgesamt positiv bewerten die Österreicher die Rolle der EU bei Wirtschaftswachstum, Friedenssicherung, Umweltpolitik und Kriminalitätsbekämpfung, negativ beim Einbremsen des Lkw-Transits. Im Nachhinein wich die Skepsis gegenüber der EU-Osterweiterung (sehen jetzt 56 Prozent positiv). Eine Mehrheit (52 Prozent) ist für den EU-Beitritt Kroatiens, ein Fünftel will das nicht.

15 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs

Hauptaussagen einer aktuellen Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – Eine Bilanz

Wien (ögfe) - Im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) hat die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) im März 2010 bundesweit eine telefonische Umfrage durchgeführt. 752 ÖsterreicherInnen wurden befragt, welche Bilanz sie, 15 Jahre nach dem Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union, ziehen. Weitere Themen unserer Umfrage waren die Einstellung zum Euro, zur EU-Erweiterung, Schengen, das Ende der Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt sowie die EU-Berichterstattung im ORF.

Hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise

73 % der befragten ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 21 % sprechen sich für einen Austritt aus der Union aus. 65 % der Befragten halten den Entschluss der ÖsterreicherInnen, der EU beizutreten, aus heutiger Sicht für richtig, 30 % halten diese Entscheidung für falsch.

Besonders ÖsterreicherInnen bis 25 Jahre ("bleiben": 82 %) sowie Befragte mit Matura oder Universitätsabschluss (79 % bzw. 90 %) sind EU-Fans. Kritisch wird die Mitgliedschaft hingegen von Personen ab 66 Jahre (für EU-Austritt: 27 %), von Befragten mit Berufs-, Handels- und Pflichtschulabschluss (für EU-Austritt: 34 %) sowie sozial Schwachen betrachtet.

Vorteile für Österreich aus der EU-Mitgliedschaft überwiegen

58 % der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile für unser Land mit sich gebracht hat. Für knapp ein Viertel (24 %) überwiegen hingegen die Nachteile.

Persönliche Bilanz der EU-Mitgliedschaft: Mehr Vor- als Nachteile 47 % der Befragten meinen, dass die EU-Mitgliedschaft für sie persönlich mehr Vorteile gebracht hat. Insgesamt 21 % haben mehr persönliche Nachteile durch die EU-Mitgliedschaft erfahren.

Österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft nicht verloren gegangen

Dieser Meinung sind im März 2010 48 % der Befragten. Das sind 16 % mehr als noch im Jahr 2005.

Vertrauen in den Euro seit 2004 gewachsen

Insgesamt 70 % der Befragten haben großes Vertrauen in den Euro. Im Jahr 2004 lag der entsprechende Wert bei 50 %. Geringes Vertrauen haben 29 % der ÖsterreicherInnen (2004: 48 %).

Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft

o POSITIV

71 % der Befragten geben an, dass die Europäische Union das Wirtschaftswachstum gefördert hat. 21 % sind gegenteiliger Ansicht.

Die Befragten wünschen sich mehrheitlich einen starken Beitrag der Europäischen Union zur Friedenssicherung in Europa. 66 % halten einen solchen Beitrag für "sehr wichtig." Der Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der Kriminalität und des internationalen Terrorismus wird von 56 % für "sehr wichtig" gehalten, der Beitrag zur Umweltpolitik von 52 %.

o AMBIVALENT

Was die Verbesserung des Konsumentenschutzes, die Bekämpfung der Kriminalität sowie die Stabilität der Preise betrifft, so sind die ÖsterreicherInnen geteilter Meinung: o 41 % sind der Ansicht, dass die EU den Konsumentenschutz verbessert hat. 40 % sind nicht dieser Ansicht.

o 45 % sagen, dass die EU dazu beigetragen hat, dass die Preise stabil bleiben. Ebenfalls 45 % sind nicht dieser Meinung.

o 45 % sagen, dass die EU zur Bekämpfung der Kriminalität beigetragen hat. 48 % verneinen dies.

o NEGATIV

Reduzierung des Transits:

o 80 % meinen, dass die EU keinen Beitrag hierzu geleistet hat. Nur 12 % sehen einen solchen Beitrag.

Hebung der Sicherheit der Kernkraftwerke bei unseren Nachbarn

o 62 % vermissen einen Beitrag der EU zur AKW-Sicherheit. Nur 21 % erkennen einen solchen Beitrag.

EU-Erweiterung

o BILANZ

Die ÖsterreicherInnen bewerten den EU-Beitritt unserer Nachbarn Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend mehrheitlich positiv. 56 % empfinden die Aufnahme unserer Nachbarn als "gute Entscheidung", 19 % sind gegenteiliger Ansicht. Zum Vergleich: Im Juli 2003 wurde der Beitritt Tschechiens noch von 40 % der Befragten abgelehnt, bei der Slowakei lag die Ablehnung bei 38 %. Der Beitritt Sloweniens wurde zu 25 %, jener von Ungarn zu 21 % abgelehnt.

o AUSBLICK

Neuen Erweiterungsschritten in Südosteuropa wird dagegen eher mit Skepsis begegnet. Einzig ein kroatischer EU-Beitritt würde mehrheitlich begrüßt werden ("begrüßen": 52 % / "ablehnen": 21 %). Eine EU-Mitgliedschaft Bosnien-Herzegowinas wird von 29 % begrüßt, von 44 % abgelehnt. Ähnlich ist die Einstellung zum Beitritt von Montenegro (28 % "begrüßen", 45 % "ablehnen").

Die Mitgliedschaft von Mazedonien und Serbien wird von rund 24 % bzw. 25 % begrüßt, aber von rund 50 % bzw. 52 % abgelehnt. Auf die geringste Zustimmung stößt der Beitrittswunsch des Kosovo und von Albanien - dieser wird von 20 % bzw. 19 % begrüßt, jedoch von 57 % bzw. 59 % abgelehnt.

Schengen: Ein positiver Schritt, aber die Ängste überwiegen

62 % der Befragten sehen den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens als Schritt in Richtung eines zusammenwachsenden Europas. Und auch die Vorteile, dass die Wartezeiten an den Grenzen entfallen, werden von einer überwiegenden Mehrheit wahrgenommen (83 %).

Allerdings herrschen bei einer großen Mehrheit der Befragten Ängste bzgl. zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung. 75 % fürchten, dass die Kriminalität durch die offenen Grenzen ansteigt, 67 % meinen, dass die Verkehrsbelastung zunimmt. Lediglich 20 % bzw. 26 % der Befragten hegen hinsichtlich der genannten Punkte explizit keine Befürchtungen.

Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 - Zuzug von Arbeitskräften erwartet

76 % der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte 2011 für Arbeitnehmer aus den im Jahr 2004 beigetretenen Ländern Auswirkungen auf Österreich haben wird. Nur 17 % sind gegenteiliger Ansicht.

62 % erwarten einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmern ("kein verstärkter Zuzug": 31 %). 64 % fürchten, dass einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten ("keine Gefährdung": 28 %).

Mehrheitlich (53 %) wird allerdings auch angenommen, dass durch die Öffnung des Arbeitsmarkts die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte ("nicht der Fall": 38 %). Nur eine Minderheit (24 %) rechnet jedoch damit, dass hierdurch auch das Problem der illegalen Beschäftigung gelöst werden könnte ("nicht der Fall": 67 %).

EU-Berichterstattung im ORF gewünscht:

- o 91 % möchten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken
- o 70 % möchten, dass der ORF öfter Diskussionen über die EU sendet
- o 70 % möchten, dass der ORF ein regelmäßiges EU-Journal ausstrahlt

Mehrheit sieht in EU-Mitgliedschaft positive Aspekte

Die Österreicherinnen und Österreicher stehen der EU mehrheitlich positiv gegenüber und sehen mehr Vor- als Nachteile in der Mitgliedschaft. Auch das Vertrauen in den Euro ist seit der Einführung zunehmend größer geworden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik in Auftrag gegeben worden ist.

Demnach halten 65 Prozent der Befragten den Entschluss der EU beizutreten aus heutiger Sicht für richtig. 73 Prozent meinen, dass unser Land Mitglied der EU bleiben soll. Besondere EU-Fans sind die Jungen mit Matura oder Universitätsabschluss bis 25. EU-kritisch sind vor allem Menschen ab 66 Jahre und jene mit geringerem Ausbildungsniveau sowie sozial Schwache.

58 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile gebracht hat. 48 Prozent der Befragten haben auch das Gefühl, dass die österreichische Eigenart durch die EU-Mitgliedschaft erhalten geblieben ist. Das sind 16 Prozent mehr als im Jahr 2005.

Auch das Vertrauen in den Euro ist seit 2004 gewachsen. Während damals das Vertrauen bei 50 Prozent lag, haben im März 2010 immerhin 70 Prozent der Befragten großes und nur 29 Prozent geringes Vertrauen in den Euro.

Positiv gesehen wird von 71 Prozent der Befragten die Förderung des Wirtschaftswachstums durch die Europäische Union. 66 Prozent halten einen starken Beitrag der Europäischen Union zur Friedenssicherung in Europa, 56 Prozent den Beitrag zur Bekämpfung der Kriminalität und des internationalen Terrorismus und 52 Prozent den Beitrag zur Umweltpolitik für sehr wichtig.

56 Prozent empfinden die Aufnahme unserer Nachbarländer Slowenien, Ungarn, Tschechien und der Slowakei rückblickend als "gute Entscheidung". Auch den Beitritt Kroatiens würde eine Mehrheit von 52 Prozent begrüßen, während man einer Erweiterung um Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Serbien, den Kosovo und Albanien eher skeptisch gegenüber steht.

Als Schritt in Richtung eines enger zusammenwachsenden Europas sehen 62 Prozent der Befragten den Abbau der Grenzen in Folge des Schengener Abkommens. Gleichzeitig hat die Mehrheit der Befragten aber Angst vor zunehmender Kriminalität und Verkehrsbelastung und wünschen sich mehr Engagement durch die EU: So empfinden 80 Prozent der Befragten die Maßnahmen zur Reduzierung des Transits als zu gering, 62 Prozent vermissen einen Beitrag zur Sicherheit von Kernkraftwerken.

62 Prozent der Befragten rechnen damit, dass die Öffnung der Arbeitsmärkte im Jahr 2011 für Arbeitnehmer aus den 2004 beigetretenen Ländern einen verstärkten Zuzug von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bringen wird. 64 Prozent fürchten, dass damit einzelne Branchen in Österreich gefährdet sein könnten. Allerdings glauben auch 53 Prozent, dass mit dieser Öffnung die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften in manchen Branchen befriedigt werden könnte.

Wünsche haben die Österreicherinnen und Österreicher in Bezug auf die EU auch an den ORF: 70 Prozent wollen ein regelmäßiges EU-Journal sowie häufigere Diskussionen über die EU und 91 Prozent möchten, dass der ORF häufiger darstellt, wie sich EU-Entscheidungen auf Österreich auswirken.

Die Umfrage wurde, als Bilanz nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft, von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft bundesweit im März 2010 per Telefon durchgeführt. 752 Österreicherinnen und Österreicher sind dafür Rede und Antwort gestanden.